

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 22. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

Sitzungsdatum: 18. März 2026
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 19.40 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Mehmet Can, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Franz Vogt, Präsident
Andreas Bammatter
Biljana Grasarevic (entschuldigt)
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Jonas Stettler, Jurist
Mirjam Glarner, Volontärin

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Dominik Baumgartner, Kornel Bay, Lea Blattner, Lea Butscher, Melanie Butz, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler Paganoni, Flavio Fehr, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Patrick Kneubühler, Niklaus Morat, Nicole Morellini, Laura Neuhaus, Anja Oser, Urs Poživil, Corinne Probst, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Lucca Schulz, Louis Seifried, Tim Söllick, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Henry Vogt, Jörg Waldner, Olivier Waldner, Stephan Wolf

Entschuldigt: Hanna Kirchhofer, Florian Spiegel, Iracema Tirant

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
18.10 Uhr 37 Anwesende = 25
18.20 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglieds in das **Wahlbüro**, anstelle der zurückgetretenen Anne-Sophie Metz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)
Wahlvorschlag: Eliseo Biondini (neu gem. Proporzschlüssel SP-Fraktion) Geschäft 4819
2. Bericht des Gemeinderats vom 13.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 26.1.2026, betreffend **Teilrevision Steuerreglement**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4793 / B
3. Bericht des Gemeinderats vom 20.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 14.1.2026, betreffend **Quartierplan Weiherweg**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4795 / A
4. Bericht des Gemeinderats vom 11.2.2026, zum Postulat von René Amstutz, Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne, vom 11.6.2024, betreffend **Smarte Strassenbeleuchtung für Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic Geschäft 4738 / A
5. Interpellation von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 15.10.2025, betreffend **Gefährliche Parkplatzsituation in der Ochsenegasse**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4805 / A
6. Interpellation von Noëmi Feitsma-Wirz, SP-Fraktion, vom 18.6.2025, betreffend **Schulsozialdienst auf der Primarstufe (SSA)**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4792 / A
7. Interpellation von Christian Jucker, GLP, vom 25.11.2025, betreffend **Rückforderung rechtmässig geleisteter Zusatzbeiträge**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4811 / A
8. Postulat von Matthieu Dobler Paganoni und Mehmet Can, SP, vom 25.11.2025, betreffend **Einführungstag für neugewählte Einwohnerät:innen**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4812

Nach der Pause:

- Info-Fenster des Gemeinderats

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 20 vom 10. Februar 2026

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Mehmet Can

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Mehmet Can, Präsident: Geschätzte Damen und Herren. Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Entschuldigt für heute Abend sind Florian Spiegel, Biljana Grasarevic, Hanna Kirchhofer. Verspätungsmeldungen liegen gegenwärtig keine vor. Ich begrüsse zudem Mirjam Glarner als Volontärin im Rechtsdienst. Herzlich willkommen und viel Spass! Entsprechend bitte ich Jonas Stettler um die Präsenzkontrolle. Besten Dank.

Noch eine kurze Mitteilung: Bitte nach der Sitzung den Saal zügig verlassen. Selbstverständlich darf man im Foyer noch weitersprechen.

Dringliche Interpellationen liegen uns keine vor, ebenso sind keine dringlichen Postulate eingegangen. Wir kommen zur **Bereinigung der Traktandenliste**. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Ich frage den Rat an, ob allfällige Änderungsanträge zur Traktandenliste vorliegen. Das ist nicht der Fall. Somit ist das auch erledigt, wir kommen sodann zu unserem ersten Geschäft.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro, anstelle der zurückgetretenen Anne-Sophie Metz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)
Wahlvorschlag: Eliseo Biondini (neu gem. Proporzschlüssel SP-Fraktion), Geschäft 4819

Mehmet Can, Präsident: Gibt es allfällig andere Wahlvorschläge? Bzw. liegen andere Nominationen vor? Ist stille Wahl bestritten? Auch nicht. Somit ist Eliseo Biondini in stiller Wahl gewählt. Herzliche Gratulation.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderats vom 13.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 26.1.2026, betreffend Teilrevision Steuerreglement, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4793 / B

Mehmet Can, Präsident: Ich frage den Rat zuerst an: Liegen allfällige, neue Aspekte vor? Das ist nicht der Fall. – Entschuldigung, ah, Herr Niggi Morat, Sie haben das Wort!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Vielen Dank. Ja, es liegen ein paar neue Aspekte vor, bzw. vor allem einer. Ich habe dies allen Kolleginnen und Kollegen zugeschickt. Soll ich bereits jetzt mein Votum dazu abgeben? Oder nachher zuerst?

Mehmet Can, Präsident: Ich würde sagen, zuerst. Frau Laura Neuhaus, wollen Sie zuerst, oder?

Laura Neuhaus, KSD-Präsidentin: Nein, eigentlich nicht.

Mehmet Can, Präsident: Herr Morat! Herr Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Gerne möchte ich in der Eröffnung schon mal mitteilen, dass sich in den vergangenen Wochen doch noch einige Bewegungen in diesem Geschäft abgespielt haben. Einerseits haben wir ein paar Inputs von Niggi Morat, Einwohnerrat, erhalten. Ich kann Ihnen dies kurz erklären: Es war eine Pendenz aus der letzten Einwohnerratssitzung, bei der es darum ging, dass er einen Fehler bei der Berechnung von Einsparungen bei der Auslagerung der Steuern festgestellt hatte. Dazu kann ich Ihnen mitteilen: Nach gründlichen Abklärungen kam heraus, dass das selbstverständlich nicht passiert ist. D. h., die Berechnung ist fehlerfrei. Wir haben berücksichtigt, dass wir, wenn wir die Steuern auslagern, eben nicht nur den Beitrag des Kantons an Allschwil verlieren, sondern, dass wir dann in Zukunft einen Beitrag pro Steuerdeklaration an den Kanton entrichten würden. Mit diesen Berechnungen verbleiben die Einsparungen bei letztlich ca. 300 000 Franken im Jahr.

Es kam aber noch ein zweiter Brief hinzu, da muss ich nun schnell erklären, weshalb dieser nicht von der Gemeinde verschickt und durch das Einwohnerratsmitglied selbst verteilt wurde. Ich habe vorgeschlagen, dies nicht zu tun, dass wir keinen offiziellen Versand vornehmen, weil bekanntlich Ihre Fraktionssitzungen bereits vorbei waren. Damit hätte dieser Brief, der ursprünglich von der Gemeinde Reinach, vom Gemeindepräsidenten, verfasst wurde, nur zu mehr Fragen geführt, als Antworten geliefert. Deshalb ist es viel besser, dies hatte ich Niggi Morat so vorgeschlagen, dass wir es heute im Verlaufe des Geschäfts debattieren können. Dann könnte ich auch auf die Einwände, bei denen im Fall nichts Neues herauskam, nun noch auf diese Einwände von Reinach eingehen.

Schlussendlich hält der Gemeinderat an der Teilrevision des Steuerreglements fest. D. h., wir sind nach wie vor gewillt, die Steuerveranlagung dem Kanton abzutreten. Wir bitten Sie deshalb, heute eine Entscheidung zu fällen.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank. Herr Morat, jetzt dürfen Sie sprechen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Lieber Einwohnerrat, lieber Gemeinderat, geschätzte Anwesende. An der letzten Einwohnerratssitzung habe ich in meinem Votum zum Geschäft 4793 tatsächlich gemutmasst, ob wir in der Berechnung zu den finanziellen Folgen möglicherweise die Einnahmen auf dem Konto 0220.4611 nicht berücksichtigt hatten. Mittlerweile weiss ich es besser: Es ist nicht der Fall. Mir wurde zum ersten Mal eine Nettovollkostenrechnung vorgelegt, in der ersichtlich ist, dass die Einnahmen berücksichtigt wurden. Es bleibt mir an dieser Stelle, den Einwohnerrat, den Gemeinderat und auch die Verwaltung um Entschuldigung zu bitten.

Was ich aber an der letzten Lesung dieses Geschäfts auch bis jetzt nicht wusste, habe ich euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, per E-Mail zukommen lassen. Es betrifft den Umstand, dass die Gemeinde Allschwil mit acht weiteren, selbst veranlagenden Gemeinden eine Allianz einging. Natürlich kann eine Gemeinde mit anderen Gemeinden eine Allianz eingehen und in der Projektphase die Mitarbeit innerhalb der Allianz sistieren. Dazu benötigt es aber gute Gründe. Der Grund für Allschwil ist der ausstehende Entscheid, ob wir nun die Veranlagung an den Kanton auslagern oder eben nicht. Diese Frage

wäre eigentlich bereits aufgekommen, als das Postulat von Christian Jucker, Geschäft 4680, eingereicht wurde. Spätestens aber mit der Beantwortung dieses Postulats hätten wir im Einwohnerrat über eine solche Allianz informiert werden sollen. Auch wenn wir dieses Postulat grossmehrheitlich überwiesen und dann auch grossmehrheitlich abgeschrieben haben, bedeutet ein Postulat nur «prüfen und berichten».

Offenbar gibt es eine Option, dass die kommunale Steuerabteilung im Vergleich zum Kanton effizienter werden könnte. Doch in Allschwil ging man davon aus und geht man immer noch der Frage nach, ob wir die Veranlagung zum Kanton auslagern oder eben nicht. Für uns in Allschwil kann man das als genügend empfinden, doch die relevante Information, dass sich neun Gemeinden zu einer Allianz zusammengeschlossen hatten, um allenfalls eine grössere Effizienz bei der Bearbeitung der Veranlagungen zu erreichen, habe ich nun halt aus Reinach und nicht aus Allschwil erhalten. Über diese Allianz wurde hier in Allschwil schlicht noch nie informiert. Zum Thema wurde ein Postulat überwiesen, das Postulat wurde beantwortet, das kommunale Steuerreglement ist überarbeitet, das Reglement wurde der FIREKO zur Prüfung überwiesen, das Reglement wurde der KSD überwiesen, und alle haben beraten und Berichte verfasst. Nie ein Wort zu dieser Allianz!

Ich denke, es würde uns gut anstehen, nicht zuletzt auch wegen der interkommunalen Zusammenarbeit, dass wir dieser Allianz und dem, was sie verfolgt, eine Chance geben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir ein Geschäft beraten und danach allenfalls einen irreversiblen Entscheid fällen, sollten uns alle Fakten aufgezeigt werden. Sonst droht das Ganze zu einem Verwaltungsakt zu verkommen, der mit einem unfundierten, politischen Entscheid vorangetrieben wird. Wollen wir das wirklich? Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Mehmet Can, Präsident: Somit steht eigentlich die allgemeine Beratung offen. Herr Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Eine kurze Rückmeldung – ganz versprochen, kurz zum Einwand der Gemeinde Reinach, zu diesem Verbund der neun Gemeinden: Es ist eine rein technische Frage. Wir haben nämlich den Steuerbezug bei der Gemeinde Allschwil, den wir bekanntlich während der nächsten Jahre, ob Auslagerung oder nicht, ohnehin in Allschwil vornehmen müssen. Sogenannte Restanzen müssen abgebaut werden. Dazu verwenden wir eine Software, für die wir, wie erwähnt, zusammen mit diesen anderen Gemeinden einen Vertrag mit dem Anbieter abgeschlossen haben, aber keine Verpflichtungen gegenüber den anderen Gemeinden eingegangen sind. D. h., es sind Verträge zwischen uns und dem Anbieter der Software. Diesen Vertrag können wir dann nach fünf Jahren erstmals ordentlich kündigen. D. h., es entstehen überhaupt keine Nachteile, und die Kosten waren natürlich in unserer Berechnung alle bereits inkludiert. Wir hatten zuvor schon eine solche Software verwendet, und wir benötigen sie auch jetzt, weil die alte Software nicht mehr verfügbar war. Wir mussten eine neue abschliessen. Diese Software verwenden, wie erwähnt, auch acht andere Gemeinden. Es hat überhaupt keine Bewandnis mit Ihrer Entscheidung heute Abend.

Mehmet Can, Präsident: Frau Neuhaus!

Laura Neuhaus, KSD-Präsidentin: Ich möchte nur kurz etwas sagen. Ich weiss nun nicht, wie es Niggi Morat - was der Antrag ist, anhand von dem, was jetzt gesagt wurde. Ich möchte aber einfach einmal festhalten, dass wir mittlerweile über diesen Punkt hinaus sind, dass man dieses Geschäft noch einmal mehr oder weniger durchkauen könnte. Wir haben es in zwei Kommissionen gegeben. Die Leute der Gemeinde warten schon lange genug auf Antwort. Das Geschäft ist schon lange genug bei uns pendent. Deshalb, ob man nun jetzt dafür oder dagegen ist, es gibt Argumente für beides. Wir haben es gesehen, es wurde nun auch noch einmal aufgebracht, was dagegensprechen könnte, ob es nun dagegenspricht oder nicht. Wichtig ist, und mir auch ein Anliegen, dass wir heute den Entscheid fällen. Denn, wir haben es wirklich durchgeprüft. Von allen Seiten kamen nun noch Inputs. Es ist aber auch für die Gemeindemitglieder wichtig, für jene, die effektiv davon betroffen sind, und schon lange auf den Entscheid warten, dass wir heute Abend Farbe bekennen. Besten Dank.

Mehmet Can, Präsident: Herr Vogt, Sie haben das Wort!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Dass wir heute eine Entscheidung fällen, ist okay. Das ist uns auch klar. Wir von der SVP haben uns bereits unser Bild davon gemacht. Ich will trotzdem noch etwas ansprechen: Ich werde hier in Mails hin und her involviert. Die Art und Weise, wie das jetzt hier abgelaufen ist, finde ich einfach nicht in Ordnung. Dass die Kommission oder der Präsident der Kommission – nicht in unserer Partei, damit das klar ist – dermassen

hintergangen werden und Informationen über einen solchen Weg kommen, finde ich klar nicht in Ordnung. Diese mussten klar zur Kommission gehen. Vor allem, wenn es von einem eigenen Mitglied der Kommission ist, hätte es direkt zur Kommissionspräsidentin gehen müssen, und dort wird entschieden, was man mit diesen Informationen macht. Ich finde es so nicht in Ordnung. Ich hätte am liebsten gesagt, dass man diese Informationen in einer solchen Diskussion mitnichten berücksichtigen dürfte, wegen der Art und Weise, wie es ablief. Dass man danach seitenweise Mails erhält, weil der eine erklären will, was falsch ist, der andere erklären will, was richtig ist, finde ich einfach nicht in Ordnung. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Frau Feitsma, Sie haben das Wort.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Vielen Dank. Ich möchte noch etwas korrigieren. Die KSD wurde nicht hintergangen oder umgangen. Niggi Morat hatte diese Informationen im Namen der Fraktion weitergeleitet, als Parteipräsident. Dass er zusätzlich Mitglied der KSD ist, ist einfach ein reiner Zufall. Ich halte es für schlimm, dass wir als Fraktion so viele Nachforschungen betreiben mussten, nachdem wir einen KSD-Bericht erhielten, der vollkommen einseitig war und Unwahrheiten enthielt. Es wurde dazu eine Gemeinde befragt. Es wurden Zahlen aus dem Jahr 2022 verwendet. Wir als Einwohnerräte treffen nun hier eine Entscheidung, die äusserst zukunftsweisend ist. Wenn wir die Steuerabteilung abschaffen, werden wir sie nicht einfach wieder neu aus dem Boden stampfen können, wenn wir merken, dass es nicht gut ist. Ich finde, das Mindeste, was man erwarten kann, ist, dass die Kommission für Sicherheit und Dienste – Betonung auf Dienste – richtig und verantwortungsbewusst abklärt, ob es wirklich Sinn ergibt oder nicht. Dass dies nicht geschehen ist, zeigt, dass nun so viele Tatsachen hervorgekommen sind, die einfach schon von der Kommission hätten ans Licht gebracht werden sollen.

Es ist nicht unsere Aufgabe als Einwohnerräte, zusätzlich noch zu schauen, ob die Kommissionen ihre Arbeit korrekt gemacht haben. Meiner Meinung nach hat die KSD ihre Arbeit tatsächlich nicht korrekt gemacht. Sonst hätten wir nicht solche Dinge erfahren müssen. Ich möchte jetzt eigentlich nicht mehr auf all dem herumhacken, was nun Christian Jucker doch wieder behauptet, es stimme alles doch nicht usw., was wir jetzt weitergeleitet haben. Was ich ganz bestimmt weiss, was stimmt, ist, dass die KSD zwar eine Berechnung verwendet hat, die laut Robi Vogt richtige Zahlen beinhaltet, aber es muss nun jedem hier bewusst sein: Die Zahlen sind aus dem Jahr 2022. Seit dem Jahr 2022 hat sich massiv viel verändert. Weil es mir am Schluss doch nicht alle glauben werden, mache ich es jetzt einfach mal so: Die KSD sagte, es auszulagern koste uns 1,8 Mio. Franken. 1,8 Mio. Einmalkosten. Das hätten wir innert acht Jahren amortisiert, weil wir 300 000 Franken sparen würden, weil unsere Steuerabteilung 300 000 Franken mehr koste, als beim Kanton. Also, im Jahr 2022 war dies tatsächlich der Fall.

Nun habe ich eine einfache Frage. Die KSD hat auch gesagt, 290 Stellenprozente müssten eingespart werden, damit die 300 000 Franken eingespart werden können, damit wir auf dem Kostenniveau des Kantons sind. Nun, geschätzter Gemeinderat. Ist es korrekt, dass die Leitung Sicherheit Einwohnerdienste und Steuern seit dem 31.7.2025 vakant ist? Erstens.

Zweitens: Hat jemand in der Steuerabteilung zusätzlich nach dem Jahr 2022, also dann, als die Zahlen gemacht wurden, mit 100 Stellenprozenten gekündigt, und wurden die 100 Stellenprozente nicht mehr ersetzt?

Drittens: Hat jemand mit 90 Stellenprozenten intern gewechselt, ist also nicht mehr auf der Steuerabteilung? Also sind wir bereits bei 190 Stellenprozenten.

Und viertens: Ist noch jemand 100 % krankgeschrieben?

Also fehlen im Moment bei der Steuerabteilung eigentlich 290 Stellenprozente. Genau diese 290 Stellenprozente, über die wir jetzt diskutieren, dass wir sie einsparen wollen, wenn wir unsere Steuern beim Kanton veranlagern. Ich danke herzlich im Voraus für eine ehrliche Antwort seitens des Gemeinderats.

Mehmet Can, Präsident: Herr Vogt, wollen Sie sich diesen Fragen stellen? Danke schön.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Wir haben die meisten Fragen bereits im Bericht an den Einwohnerrat beantwortet. Das ist tatsächlich so. Wir haben zwei Personen, die auf der Steuerabteilung bereits ausgefallen sind. Damit kommt natürlich nun auch die Steuerveranlagung leicht in Verzug. Aber, wir sind auf Kurs. Wir messen uns im Übrigen immer mit anderen Gemeinden. D. h., wir schauen, wie, wo steht der Veranlagungsfortschritt im Vergleich mit anderen veranlagenden Gemeinden im Baselbiet. Dort stehen wir noch gut da. Es gibt im Übrigen hauptsächlich eine Verzögerung, denn die gesamte Erfassung der Steuerpflichtigen erfolgt

jetzt über Liestal. Erst wenn Liestal es erfasst und bereitstellt, können wir in Allschwil dann die Veranlagung starten.

Mehmet Can, Präsident: Ich muss mal schnell unterbrechen – Entschuldigung. Dadurch, dass die KSD-Präsidentin gegangen ist, müsste eigentlich rein formell der Vizepräsident der KSD herkommen und sich den Fragen stellen. Meine Frage ist nun: Wer ist der Vizepräsident der KSD? Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Das ist eine gute Frage, die in der KSD selbst nie geklärt wurde. Formell gibt es kein Vizepräsidium in der KSD. Weshalb, weiss ich nun auch nicht wirklich.

Mehmet Can, Präsident: Dann frage ich anders: Möchte sich vielleicht jemand aus der KSD den Fragen stellen? Herr Jucker!

Christian Jucker, KSD-Mitglied: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Ich möchte zunächst ein wenig die Wellen glätten, ich kann nun mit der Präsidentin mitfühlen. Es waren schon sehr persönliche Angriffe auf Informationen, die jetzt mindestens laut Information der Gemeinde weder Hand noch Fuss haben, wenn man es gleich zurückgibt. D. h., aus der Sicht KSD haben wir die Dinge intensiv angeschaut. Wir haben die richtigen Zahlen verwendet. Wer sich mit Steuererklärungen auskennt, weiss, dass das laufende Jahr meistens nicht wirklich ein gutes Jahr ist, um Zahlen zu nehmen, da die Veranlagungen noch laufen. Sondern, es macht viel mehr Sinn, dies über bereits abgeschlossene Jahre zu betrachten. Daher ist es sinnvoll, auch über die Jahre 22 bzw. 23 zu reden.

Vielleicht noch einmal zusammenfassend: Ich meine, wir haben die Diskussion betreffend der sog. Allianz geführt. Diese Allianz gibt es nicht, sondern man hat gemeinsam die Software gekauft. Diese läuft bis 2030. Und, ich glaube, das ist vielleicht eine Unterlassungssünde. Unser Problem nach dem Jahr 2030 liegt eigentlich genau auch darin, dass, wenn eine andere Gemeinde ebenso den Schuh wirft und die Software nicht mehr benötigt, der Druck nachher auf uns lastet. Die erhoffte Quersubvention der Gemeinde Reinach, ich weiss nicht, woher diese kommt, aber eine Quersubvention ist immer eine Zahlung von der einen zur anderen Seite, die kommt vielleicht auch von Allschwil. Und dies ist eigentlich nicht das Ziel, welches wir haben. Sondern, wir hier sollten – das ist nun meine Position, wir konnten sie in der KSD nicht absprechen, da Informationen schon nach jeglichen Sitzungen kommen –, meine Position ist, dass wir als Gemeinde allein entscheiden, weil es keinen formellen Zusammenschluss gibt. Es gibt keinen Vertrag, mit welchem sich die Gemeinden zu etwas bekennen oder der einen Zusammenschluss in einer Form festlegt, wie wir es mit Leimental Plus oder ABS haben. D. h., es liegt allein an uns, zu entscheiden, ob wir zusammen mit anderen Gemeinden eine Software finanzieren, wo es schwierig ist, einen Anbieter zu finden, wo praktisch niemand bereit war, diese Software im ersten Versuch überhaupt zu liefern. Die Chance, dass wir sie ab 2030 noch einmal erhalten, ist nicht wirklich gross.

Mehmet Can, Präsident: ... Entschuldigung, Herr Jucker, Entschuldigung. Meine erste Frage, bitte korrigieren Sie mich: Sind Sie KSD-Mitglied?

Christian Jucker, KSD-Mitglied: Ja, wenn ich nicht Herr Junker heisse, bin ich KSD-Mitglied, genau. *[Gelächter]*

Mehmet Can, Präsident: Ausgezeichnet, okay. Und auf meine zweite Frage – ich gehe davon aus, dass Sie jetzt diese Rolle so übernehmen?

Christian Jucker, KSD-Mitglied: Genau.

Mehmet Can, Präsident: Sehr gut. Dann bitte ich Sie aber auch, sachlich und präzise, nicht emotional ... *[Stimmen im Hintergrund]* – Ja, danke schön. Ausschweifen ist schön und gut, aber bitte sachlich bleiben. Und auch vielleicht rational, damit wir auch vorwärtskommen. Denn ich glaube, wir kommen sonst nicht zum Schluss. Bitte. Danke.

Christian Jucker, KSD-Mitglied: Ich bin nun schon sehr erstaunt, aber ich glaube, ja. Lucca, vielleicht sollten wir versuchen, die Welle einfach ein wenig zu setzen. Ich glaube, ich möchte wiederholen, was auch die Präsidentin erwähnte: Das Wichtigste auch für unsere Fraktion und für mich als Vertreter der KSD ist, dass wir heute einen Entscheid fällen. Denn wir können die Leute auf der Verwaltung nicht länger warten lassen, weil wir uns nicht einig werden oder hin und her diskutieren, oder es noch der nächsten Kommission übergeben. Insofern – für mich zentral ist, den Entscheid zu fällen. Die KSD hat die Informationen nicht erhalten, nicht zugeschickt bekommen, kann offiziell keine

Stellung nehmen. Deshalb denken wir, dass wir am besten die Informationen von Robi Vogt nehmen, der sie klar und einfach beantwortet hat: Es gibt keine IT-Allianz. Es gibt kein Abkommen zwischen den Gemeinden. D. h., die Situation ändert sich nicht. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Urs Poživil hat sich zuvor gemeldet. Dann komme ich gerne ...

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin doch sehr erstaunt über das Votum von dir, Noëmi. Und ich nenne dich jetzt auch wirklich beim Namen. Denn ich finde, was gesagt wurde, war unfair. Das ist eine Desavouierung, das ist wirklich unter aller Kanone, was man nun hier gegenüber der KSD ausgesprochen hat. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass ihr selbst Mitglieder in dieser Kommission habt, ihr habt diesen Bericht einstimmig genehmigt, ihr habt es beschlossen. Wir wissen, wie lange dieses Geschäft bereits im Einwohnerrat ist, wir wissen es. Es liegt schon Ewigkeiten im Einwohnerrat, es machte zwei Schlaufen durch zwei Kommissionen. Die Art und Weise, wie zuvor ein Mitglied vom Einwohnerrat angegriffen wurde, bei allem Respekt: Wir haben heute, an diesem heutigen Tag, nach meiner Meinung ein Niveau erreicht, welches nicht tragbar ist. Deshalb stelle ich an dieser Stelle den Antrag auf Sitzungsabbruch. Denn, ich bin offen und ehrlich: Ich habe keine Lust, meinen Abend mit solchen Leuten zu verbringen, die hier so absolut respektlose Aussagen machen. Deshalb: Sitzung abbrechen, geht nach Hause, genießt euren Abend, macht etwas Besseres. Deshalb mein **Antrag auf Sitzungsabbruch**, denn es sind untragbare Zustände hier.

Mehmet Can, Präsident: Ich möchte vielleicht noch schnell dazu sagen, Herr Urs Poživil: Es stehen sehr viele Emotionen im Raum.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Nein, Mehmet, es wird jetzt über diesen Antrag abgestimmt. Punkt.

Mehmet Can, Präsident: Ja, aber bitte auch so, wie euer Präsident bzw. eure Präsidentin der KSD auch vorgeschlagen hat: Es wäre vielleicht doch anständig, dass man ohnehin heute Abend abstimmt, damit es zu einem Entschluss kommt. [*Stimmen im Hintergrund*] Gut, machen wir die Rednerliste noch fertig und dann stimmen wir selbstverständlich über diesen Antrag ab. Herr Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrte Anwesende, sehr geehrter Präsident. Vielleicht auch noch einmal der Versuch, um die Wogen zu glätten: Wollen wir nicht, bevor wir nun abstimmen, noch ein **Time-out von zehn Minuten** machen? Die Fraktionspräsidien treffen sich mit dem Büro und wir sprechen darüber, wie wir weiterfahren. Auch ich muss sagen, mir gefällt dieses Thema keineswegs. Ich finde die Voten auch nicht gut. Auch das, was der Herr Präsident zuvor erwähnte, meine Unterstützung hat es klar nicht. Wir müssen darüber sprechen, ob wir die Sitzungsleitung heute vielleicht dem Vizepräsidenten geben, mindestens für dieses Geschäft. Aber jetzt tatsächlich gehen und im April noch einmal kommen, hilft den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eigentlich nicht. Klar, wir haben uns schon desavouiert, ja, haben wir mit den gefallen Voten mit der Art und Weise. Aber jetzt bitte machen wir es doch nicht noch schlimmer, indem wir nach einer halben Stunde sagen, wir können nicht mehr miteinander sprechen. Bitte, sprechen wir doch kurz miteinander darüber, wie wir heute noch einen Modus finden, wie wir abschliessen können. Dann machen wir heute noch fertig, damit wir immerhin für die Mitarbeitenden über entweder die eine oder die andere Seite Klarheit haben. Es wäre, glaube ich, auch wirklich im Interesse der Gemeinde, dass wir tagen. Sonst tagen wir im April, was auch nicht die Lösung wäre. Merci.

Mehmet Can, Präsident: Dann – Entschuldigung, Herr Poživil, wollen wir gleich über den Antrag abstimmen?

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Ja, sehr gerne.

Mehmet Can, Präsident: Gut, also, dann müssen wir das jetzt nun mal so machen. Wer für den Abbruch ist, soll jetzt bitte abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Gut, Stimmenzählerinnen bitte zu mir!

://:

Sie haben diesem Antrag mit 16 Stimmen entgegengestimmt, 14 Ja für den Abbruch und 6 Enthaltungen. Somit wurde Ihr **Antrag abgelehnt**.

Und jetzt kommen wir zum zweiten Antrag. Das ist der **Antrag von Lucca Schulz**, betreffend 10-minütiges Time-out. Ist das korrekt, Herr Schulz?

Lucca Schulz, SP-Fraktion: 10-minütiges Time-out und dass alle Fraktionspräsidenten oder die Vizepräsidenten sich treffen und dann kurz miteinander sprechen und dann spricht man mit jemandem vom Büro, wie wir jetzt heute Abend noch weiterfahren, oder wer auch immer sich von den Fraktionen dazu befähigt fühlt.

Mehmet Can, Präsident: Gut, in diesem Fall stimmen wir über das Time-out von Lucca Schulz ab. Wer dafür ist, soll jetzt bitte mit Ja stimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen bitte zu mir!

://:

Sie haben diesem **Time-out** mit 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **zugestimmt**.

Entsprechend legen wir nun für zehn Minuten ein Time-out ein und ich bitte alle Fraktionspräsidenten, zusammensitzten.

TIME-OUT

Mehmet Can, Präsident: Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind zu einer Einigung gekommen. Und zwar gebe ich dieses Geschäft, Traktandum 2, das Geschäft 4793 B an den 1. Vizepräsidenten, Tim Söllick. Er wird dieses Geschäft führen und entsprechend werde ich dann als 1. Vizepräsident fungieren. Herr Söllick!

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Herzlichen Dank. Liebe Kollegen. Die Fraktionspräsidenten haben mir übermittelt, dass es keinen weiteren Bedarf an Diskussion gibt. Trotzdem stelle ich jetzt noch einmal die Frage, ob es noch Stimmmeldungen gibt. Ansonsten gehen wir zur 2. Lesung über. Henry Vogt, bitte!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe zuvor angedeutet, dass wir uns von der SVP-Fraktion ein Bild vom Ganzen gemacht haben. Wir haben uns in der Zeit, in welcher wir es besprochen haben, dazu entschieden, dass wir klar gegen die Auslagerung der Steuern sind. Wir wollen sie hier in Allschwil behalten. Aus dem einen Grund, weil der Service hier viel besser ist. Währenddessen, wenn man bei den Steuern beim Kanton anruft, was ich heute zufälligerweise bereits zweimal tun musste, es nicht wirklich zügig und nicht wirklich gut funktioniert. Schlussendlich haben wir hier die besseren Ansprechpersonen. Allerdings kämpft der Kanton offenbar genau gleich mit vielen Problemen in diesem Bereich. Ich weiss nicht, ob sie unsere Steuern, alle unsere Veranlagungen dann auch noch in dasselbe Boot bekommen, wird die grosse Frage sein. Kostenmässig bringt es uns eigentlich nichts. Wenn man die Menge betrachtet. Grundsätzlich auch mit dem Geld, was sie uns bis jetzt gesagt haben, was es uns kostet, wissen wir alle, wird auch nicht ausreichen, die Preise werden ohnehin erhöht. Dementsprechend haben wir uns von der Fraktion SVP entschieden, dass wir das Ganze bei uns in Allschwil behalten wollen. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Martin Imoberdorf!

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Ich hätte noch eine Verständnisfrage, die nicht unbedingt in die Paragraphen passt. Es wurde vorge-rechnet, dass 290 Stellenprozente eingespart werden müssten. Wenn ich dich, Robi, richtig verstanden habe, fehlen diese aktuell, und man ist eigentlich auf Kurs. Also frage ich mich offenkundig: Kann die Steuerabteilung es auch so bewältigen? Liege ich falsch?

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Robi Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Vielen Dank für diese Frage. Aber ich kann klar sagen: Nein, das funktioniert so natürlich nicht. Es ist eine Momentaufnahme. Wir haben im Moment zu wenig Personal, um die Steuerveranlagungen abzuwickeln. D. h., es wird zu einem Rückstand führen. Aber Rückstand heisst auch, dass aufgearbeitet werden muss. Denn wir müssen in einem Jahr alle Steuererklärungen deklarieren. Deshalb ist es unerhört wichtig,

dass wir den Bestand wieder auffüllen. Jetzt haben wir natürlich bei diesen zwei Abgängen, die wir hatten, noch nicht aufgefüllt, da wir noch nicht wissen, ob ausgelagert wird oder nicht. Deshalb ist es für den Gemeinderat notwendig, von Ihnen eben die Entscheidung zu erhalten.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich habe nur noch eine Frage zum Vorgehen. Wird nachher anhand der Synopse z. B. über jeden Paragraphen, der eine Änderung erfahren soll, abgestimmt?

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Das, was in der KSD als Synopse vorgegeben ist, das ist das zur Abstimmung. Diese Paragraphen werden wir durchgehen. Flavio Fehr!

Flavio Fehr, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe auch noch eine kurze Frage, oder eine Rückfrage an den Gemeindepräsidenten, an den Gemeinderat – Entschuldigung. Ich habe verstanden, es ist abhängig davon, ob man die Stellen besetzt, ob es diese Auslagerung gibt oder nicht. So, wie ich Sie verstanden habe, muss man es ohnehin machen, um aufzuarbeiten. Deshalb, und bis die Auslagerung tatsächlich geschieht, dauert es bekanntlich auch seine Zeit, verstehe ich nicht, dass man jetzt mit der Neubesetzung der Stellen zuwartet. Können Sie das erläutern?

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Robi Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Wir würden natürlich die Stellen wieder auffüllen wollen, sobald wir wissen, dass die Steuerveranlagung in Allschwil bleibt. Wenn es aber ausgelagert werden sollte, ziehen wir in Erwägung, unseren Personalbestand schrittweise abzubauen und am Schluss dann in drei Jahren auf null Stellen zu gehen. Deshalb würden wir diese Stellen nicht mehr besetzen, sondern würden mit dem verbleibenden, mit weniger Personal, die Restanzen noch in den nächsten drei Jahren abbauen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Ich sehe keine weiteren ... – Stephan Wolf, bitte!

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke schön. Sehr geehrter Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren. Nachdem sich nun Henry Vogt zur Sache selbst äusserte, möchte ich dies an dieser Stelle auch noch machen. Bei uns in der Mitte-Fraktion ist es so, dass wir ziemlich hin- und hergerissen sind über diese Vorlage. Soll nun ausgelagert werden oder nicht? Ich kann jetzt daher nur für mich persönlich sprechen. Ich selbst bin ein grosser Fan der Gemeindeautonomie und bin schon deshalb überzeugt, dass wir unsere Steuerveranlagung behalten sollten. Ich mache das auch nicht zuletzt im Interesse unserer Mitarbeiter, die direkt davon betroffen sind. Danke schön vielmals.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Beratung abgeschlossen. Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zur **2. Lesung des Steuerreglements**. Wir gehen durch die einzelnen Paragraphen. Die gleichen, die genannt werden, sind die, welche im Reglement sind. Die Synopse liegt Ihnen vor. Dort sehen Sie, welche Änderungen eingefügt wurden. Ich bitte jetzt den 2. Vizepräsidenten, durch die Paragraphen zu gehen.

§ 1 Gegenstand Seite 3

keine Wortmeldung

§ 2 Steuerfüsse Seite 3

keine Wortmeldung

§ 3 Steuerveranlagung Seite 3

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident. Gehe ich jetzt richtig in der Annahme, dass man nun, wenn man dagegen wäre, hier einen Antrag stellen muss? Denn sonst würde man es nämlich beschliessen, wenn man keine Wortmeldung macht, oder wie sehen Sie das?

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Wenn Sie eine Änderung haben wollen, müssen Sie das beantragen, ja. Oder Sie lehnen das ganze Geschäft natürlich am Ende ab. Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Aber wenn ich, ich meine, da gibt es ein paar Anpassungen ans Bus-sereglement. Ich denke, die sind nämlich komplett unbestritten.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Die Änderung kann man nur als Ganzes haben, oder es muss per Antrag eingegriffen werden, was man noch haben muss, bis dann die Änderung kommt. Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Danke schön. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich stelle den **Antrag** bei § 3, es so zu belassen, wie es jetzt aktuell im Reglement steht.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, das muss man schriftlich einreichen, oder habe ich etwas in den Reglementen, die es im Einwohnerrat gibt, verpasst?

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Wir klären es ab, aber – Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Ich würde einfach den Vorschlag machen, dass wir einfach relativ schnell zur Schlussabstimmung gehen, denn dort können wir sagen: Wir stimmen über das ganze Reglement ab, ja oder nein. Oder? Vielleicht kann Jonas Stettler das noch bestätigen. Aber nach meiner Meinung, können wir in der Schlussabstimmung den Antrag des Gemeinderats, den ersten Antrag, der bekanntlich heisst: «Die Teilrevision des Steuerreglements wird genehmigt», ablehnen. Dann ist nach meiner Meinung die ganze Sache gestorben. Und wenn wir es annehmen, ist es durchgekommen. Nun einzelne Paragraphen zu diskutieren, glaube ich, bringt uns hier kein Glück.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Robert Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Damen und Herren. Es ist in der Tat so, Sie können das ganze Geschäft am Schluss ablehnen. Das würde dem gleichkommen. Sie müssen jetzt keinen einzelnen Paragraphen verhindern. Denn wir können die Steuerveranlagung weiterhin in Allschwil vollziehen, auch wenn sie das ganze Reglement ablehnen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Okay. Ich würde gerne Jonas Stettler kurz das Wort erteilen. Er hat erklärende Worte dazu.

Jonas Stettler, Rechtsdienst: Danke schön. Ja, es ist so. Man kann am Schluss natürlich das Ganze ablehnen. Dann werden natürlich alle anderen Änderungen auch nicht übernommen. Wenn man es einzeln durchgeht, und es zu jedem Paragraphen eine Abstimmung gibt, die man will oder nicht will, dann wird am Schluss einfach die Abstimmung so übernommen. Also Beispiel § 3: Wenn man ihn unverändert belassen will, kann man das abstimmen. In der Schlussabstimmung würde dies dann so übernommen werden. Und in § 2 z. B. gibt es auch Änderungen, da sind wir schon durch, diese Änderungen würden bestehen bleiben. Ich hoffe, es war klar so. Also, man muss das ganze Reglement dann am Schluss natürlich annehmen. Wenn man es ablehnt, ist natürlich alles abgelehnt.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Erstens war die Frage wegen der Schriftlichkeit, ob die Anträge schriftlich eingegeben werden müssen oder nicht. Dies wurde nicht beantwortet. Zweitens: Wenn wir es ablehnen, ist der Fall klar. Wenn wir es aber nicht ablehnen würden, dann müsste man jetzt den ganzen Karsumpel durchgehen, mit allen Änderungen, falls wir es am Schluss akzeptieren würden. Nur so funktioniert es schlussendlich. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Also die Schriftlichkeit des Antrags muss nicht erfüllt sein. Sie können ihn mündlich stellen. Ueli Keller!

Ueli Keller, parteilos: Geschätzte Anwesende. Nach meinem Verständnis würde es bei diesem Geschäft Sinn ergeben, wenn man zuerst die Grundsatzfrage stellen würde. Wenn die Grundsatzfrage, die heisst: «Zum Kanton oder nicht zum Kanton?», beantwortet wird mit «nicht zum Kanton», muss man über das Reglement gar nicht mehr weiterdiskutieren. Wenn die Grundsatzfrage heisst «zum Kanton», dann muss man über das Reglement diskutieren.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Ich glaube, das Reglement des Einwohnerrats ermöglicht diese Reihenfolge leider nicht. Sondern wir müssen durch die Lesung durchgehen, und wenn einzelne Abschnitte infrage gestellt werden, müssen die einzeln behandelt werden. Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Danke schön. Geschätzte Anwesende. Im Bericht des Gemeinderats zur Teilrevision steht in der Ausgangslage, dass es für die Teilrevision zwei Gründe gibt: Grund Nr. 1 ist, dass es Veränderungen aufgrund der Steuervorlage 17 gab. Da haben sich gewisse Paragraphen im kantonalen Gesetz verändert, und das kommunale Reglement stimmt nicht mehr vollständig überein. Diese kann man absegnen, und dann stimmt das Reglement in dieser Hinsicht wieder. Dann aber befassen sich beispielsweise die Paragraphen 3, 4 und 6 meines Wissens vorwiegend mit der Auslagerung. Dies ist der zweite Aspekt, weshalb es eine Teilrevision gibt. Nun ist es so: Wir können schon über das ganze Geschäft abstimmen. Wenn wir dann ablehnen, ist die ganze Teilrevision hinfällig. Es würde insofern nichts machen, da das kantonale Gesetz das kommunale Reglement übersteuert. Es wäre also kein Beinbruch. Wir müssten es einfach zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls anpassen, was die Punkte der Steuervorlage 17 betrifft. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Vielen Dank, Herr Morat. Ich frage jetzt trotzdem noch einmal. Wollen Sie einen Antrag stellen, den Paragraphen 3 jetzt zu ändern, auch in Hinsicht darauf, dass wir noch nicht durch das Ganze durch sind und die Schlussabstimmung natürlich zudem aussteht, mit der Möglichkeit, dass das ganze Reglement abgelehnt wird?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Also, ich wäre gerne durch alle Paragraphen gegangen. Aber ich kann auch damit leben, dass es nur eine Abstimmung gibt über die beiden Anträge, die der Gemeinderat, bzw. die Kommission gestellt hat. Ich kann mit beidem leben.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Okay, also, ich nehme dies nun als nein, Sie wollen keinen direkten Antrag stellen. Vielen Dank. Möchten wir weitermachen? Urs Poživil, bitte!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe es nun noch einmal im Geschäftsreglement des Einwohnerrats nachgeschaut. Da steht in § 78: Sachanträge sind dem Präsidium in der Regel schriftlich und unterzeichnet einzureichen. Mir ist schon klar, es steht «in der Regel» darin. Aber dies war Usus bei allen Dingen, dass man es immer schriftlich machte. Denn ich weiss noch, daran erinnere ich mich noch mit Andreas Bärtsch zusammen, als wir plötzlich noch herumgerannt sind, noch etwas von Hand auf einen Zettel geschrieben haben, und es eingaben. Ich finde es nun schon sonderbar, wenn man hier Anträge stellt, und dann auch ein wenig ein Tohuwabohu, also nicht ein kleines, ein etwas grösseres Tohuwabohu veranstaltet hat, sorry, ich muss es wieder erwähnen. Ich halte das für sonderbar. Ich würde wirklich beliebt machen, dass man an den Gewohnheiten, die man im Rat bis anhin hatte, festhält, wenn man einen Änderungsantrag hat, dass man ihn schön ausformuliert und dann auch wirklich hinlegt.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Also, wenn mir jemand Papier und Stift gibt, mache ich das gerne. Dann schreibe ich sie auf. Sie sind auch sehr einfach, weil Sie sagen, der Paragraph soll belassen werden, wie er ist. Ich mache das gerne. Es dauert einfach einen Moment; ich bin langsam im Schreiben.

Zweitens: Wenn nun interpretiert wird, dass dieser Antrag nicht gestellt wurde, dann stelle ich ihn als Person. Denn man kann doch nicht durchgehen und darauf hoffen, dass es abgelehnt wird, und dann sagen: Ja, aber wir haben eigentlich nicht über die einzelnen Paragraphen abgestimmt. Das geht doch einfach nicht. Also, wir bleiben bei der Form. Ich gebe ihm Usanz, ihr müsst mir einfach ein wenig Zeit geben, um es aufzuschreiben.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: In dieser Zeit, in welcher Mark Aellen es aufschreibt, darf ich noch eine inhaltliche Frage zum Reglement stellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Also die Beratung ist meiner Meinung nach abgeschlossen. Wir sind jetzt beim Durchgehen des Reglements. Es gibt nun keine Beratung und Fragen mehr. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Niggi Morat, wie ist die Frage zu diesem Paragraphen? Das wäre jetzt im Grunde eine Möglichkeit.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Nein, nicht zum Paragraphen 3, sondern zum Paragraphen 6. Aber wenn wir mit der 2. Lesung fortfahren, stelle ich sie dort.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Danke schön. Henry Vogt, zum Paragraphen 3?

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Nur zum Paragraphen 3 jetzt. Grundsätzlich ist dies eigentlich die entscheidende Frage, ob wir nun die Steuern durch den Kanton veranlagten lassen, oder nicht. Wenn wir zum Paragraphen 3 nein sagen, ist das Ganze unsinnig. – Ja, ganz einfach. Und dementsprechend, wenn wir nun hier zu dieser Änderung Nein sagen, ist der Käse letztlich gelaufen. Denn wir sagen hier, dass die Staats- und Gemeindesteuer und die direkte Bundessteuer direkt durch den Kanton veranlagt werden. Wenn wir nein sagen, dann wird es durch die Gemeinde gemacht. Das ist schlussendlich diese Gegenüberstellung. Also, das heisst, es müssen jene, die dagegen sind und wollen, dass diese Steuern in Allschwil bleiben, so wie wir von der SVP es wollen, bei dieser Änderung nein stimmen. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Wir warten auf Mark Aellen. Alles gut. Ueli Keller, bitte!

Ueli Keller, parteilos: Der § 3 zeigt eindeutig das Dilemma, in welchem dieses Geschäft steckt. Der Gemeinderat stellt Anträge, die nur in Bezug auf das Reglement stehen. Die Knackfrage, ob es beim Kanton landen oder bei der Gemeinde bleiben soll, beantragt der Gemeinderat gar nicht explizit. Diese ist implizit in diesem Paragraphen 3 versteckt. Also, jetzt sieht man es.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Herzlichen Dank an Mark Aellen für die Ausformulierung des Antrags. Ich würde vorschlagen, wir kommen jetzt direkt zur Abstimmung. Wir stellen ihm den

Antrag der KSD gegenüber, den sehen Sie in der Synopse, ich kann ihn noch einmal aussprechen:

Alle Steuerpflichtigen werden gemäss § 107 StG für die Staats- und Gemeindesteuern und die direkte Bundessteuer vom Kanton veranlagt. Und der Satz 2 wird gestrichen.

Der **Antrag von Mark Aellen** lautet:

Der Paragraph ist zu belassen, wie er aktuell ist.

Ich frage nun für die **Abstimmung**: Wer für den Paragraphen der KSD ist, soll bitte jetzt seine Karte heben. Wer dagegen ist und damit gleichzeitig für den Antrag von Mark Aellen ist, soll bitte jetzt die Karte heben. Enthaltungen? Okay, Stimmzählerinnen bitte zu mir!

://:

Das Ergebnis steht fest. Ich stelle fest, dass die **Änderung**, wie von der KSD beantragt, mit 13 gegen 21 Stimmen **abgelehnt** ist. Damit bleibt der Paragraph so, wie er ist. Es gab 2 Enthaltungen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Somit würde ich sagen, können wir im Text mit § 4 weitermachen.

§ 4 Gemeindesteuerrechnung Seite 3

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Mark Aellen, bitte! – Entschuldigung, Entschuldigung. Also, wir haben den **Antrag von Mark Aellen**, ich kann kurz lesen:

Der Artikel ist so, wie er ist, zu belassen.

Der **Antrag der KSD** lautet für Abs. 2:

Die Rechnungsstellung für provisorische und definitive Rechnungen erfolgt gemäss den kantonalen Vorgaben von § 136 und § 137 StG.

Wenn es dazu keine weiteren Wortmeldungen gibt, würde ich direkt zur **Abstimmung** übergehen. Wer für den Antrag der KSD ist, den neu formulierten Paragraphen zu übernehmen, der soll jetzt bitte abstimmen. Wer dem Antrag von Mark Aellen folgen möchte und die alte Formulierung beibehalten möchte, der stimme bitte jetzt ab. Enthaltungen? Vielen Dank.

://:

Das Ergebnis ist da. Ich stelle fest, der **Antrag von Mark Aellen**, den Paragraphen so zu belassen, wie er ist, wurde mit 20 Stimmen, gegenüber 14 Stimmen **angenommen**. Es gab 2 Enthaltungen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Damit geht es in der Lesung weiter. Bitte.

§ 5 Rechtsmittel Seite 3

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz, bitte!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Es tut mir leid, dass es nun einen solchen Verlauf nimmt, aber, sehr geehrter Herr Jurist, nun muss ich Sie halt fragen. Wenn wir nun hier nichts machen, nichts ändern, ob wir dann nicht jetzt einen Teil der Revision trotzdem übernehmen? Also, natürlich den Teil der Revision, der eigentlich dazu gedacht war, dass man die Veranlagung verschiebt. Dies müsste man halt prüfen, ob jetzt da etwas festgehalten wird, was eigentlich dem Grundsatzentscheid widersprochen hat. Es ist für uns nun nicht klar, und es geht immerhin auch um die Rechtsmittel gegen den Entscheid. Es wäre schon relativ wichtig, dass sie korrekt normiert sind. Auch wenn man natürlich davon ausgehen kann, dass das kantonale Recht unser Gemeinderecht in diesem Sinn brechen würde. Ich denke, eine Bestätigung Ihrerseits, dass es kein Problem wäre, die Änderung vorzunehmen, wäre gut. Und dieselbe Frage stellt sich dann halt auch noch beim Art. 6, bei dem wir verschiedene Änderungen haben. Vielleicht können Sie uns kurz sagen, welche Änderung man als Anpassung an das Musterreglement betrachten kann, und welche Anpassung im Hinblick auf die Verschiebung der Veranlagung gemacht wurde, dann könnte man dies gezielt ergänzen. Danke schön.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Jonas Stettler, bitte!

Jonas Stettler, Rechtsdienst: Bei § 5, der nun folgt, sind es Anpassungen an das Musterreglement. Es steht auch in den Kommentaren. Es widerspricht sich nicht. Auch in § 6. Allerdings in § 6 Abs. 2 – nein, das widerspricht sich auch nicht. Es wäre höchstens noch die Frage, wo der Bezug stattfinden soll, § 6 Abs. 4. Das ist in der Sache eigentlich etwas anderes, aber ergibt vielleicht keinen Sinn, das müssen Sie entscheiden. Und auch bei Abs. 5 wäre dann halt die Frage, also im Zusammenhang mit Abs. 4, ob es sinnvoll ist. Die §§ 7 und 8, die gestrichen werden sollen, sollten natürlich belassen werden. Ansonsten ist nicht geregelt, betreffend Akontozahlungen und Stundungen. Bei § 10 wiederum spielt es keine Rolle, was angenommen wird.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Ich sehe, Robi Vogt möchte etwas sagen, bitte!

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Herr Vizepräsident, geschätzte Damen und Herren. Der Gemeinderat legt Wert darauf, dass der Bezug der Gemeindesteuern – da bitte ich Sie natürlich darum, diese dann auch nicht zu ändern. D. h., wir wollen unbedingt, wenn die Veranlagung in Allschwil bleibt, auch den Steuerbezug in Allschwil behalten, denn das gehört zusammen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Sind die offenen Fragen damit zu § 5 beantwortet? Lucca Schulz, bitte!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Vizepräsident oder Sitzungsleiter. Ich belasse den gestellten Antrag Art. 6. Einfachheitshalber, ja, also, einfach um die Diskussion noch zu Ende zu führen: 5 belassen wir, wie die KSD vorgeschlagen hat. Bei 6 stelle ich den Antrag, ihn zu machen, wie

in der aktuellen Fassung, auch wenn dann eine Anpassung nicht übernommen wird. Und Art. 7 und Art. 8 ebenfalls: der Antrag wie bisher!

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Robi Vogt, bitte!

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke schön. Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Damen und Herren. Der Gemeinderat legt Wert darauf, dass die weiteren Paragraphen verbleiben, damit wir die bisherigen Rechte anwenden können.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Ich stelle also fest, dass es keinen Änderungsantrag für § 5 gibt – hoffentlich stimmt es? Okay. Dann kommen wir zu § 6, bitte.

§ 6 Fälligkeit, Vergütungs-, Verzugszins und Steuerbezug Seite 3

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Niggi Morat, bitte!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Zunächst: Ich beantrage, dass § 6 so belassen wird, wie er ist. Und ich habe noch eine Frage zu Abs. 5 in § 6. Der ist bekanntlich gleichlautend mit dem jetzigen § 8. Weshalb gab es diese Verschiebung?

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Robi Vogt, bitte!

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Damen und Herren. Diese Verschiebungen ergeben sich nur einfach aus der Abhängigkeit, wo die Steuerveranlagung vorgenommen wird. Dort ist entsprechend dann auch die Einsprache zu deponieren.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Ich stelle fest, es gibt ein paar Anträge zu diesem § 6:

- Niggi Morat möchte ihn belassen wie bisher.
- Stephan Wolf beantragt, Abs. 4 so zu belassen wie bisher und 5 ist zu streichen.

Also, dies sind die zwei Anträge. Kurze Frage, um einfach die Verfahren ein wenig zu vereinfachen: Besteht die Möglichkeit, Niggi oder Stephan, dass ihr eure Anträge zurückzieht, wenn der andere Antrag zur Abstimmung kommt, oder wollt ihr sie behalten? – [*Stimmen im Hintergrund*] Okay, das scheint nicht der Fall zu sein. D. h., wir haben drei – ach so, okay. – Stephan!

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke schön. Also, Niggi Morat und ich haben uns dahingehend geeinigt, dass ich mich seinem Antrag anschliesse und dementsprechend meinen zurückziehe.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Okay, vielen Dank. Dann würde ich sagen, kommen wir zur **Abstimmung**, d. h., das, was nun einander gegenübersteht, ist der

Antrag der KSD mit den Änderungen, bzw. der von Niggi Morat, den Paragraphen so zu belassen, wie er ist.

Dann bitte, wer für den Antrag der KSD ist, soll bitte jetzt seinen Stimmzettel erheben. Für den Antrag von Niggi Morat bitte jetzt! Enthaltungen? Vielen Dank.

//:

Das Ergebnis liegt vor. Beim KSD-Antrag waren es 13 Stimmen, für Niggi Morats Antrag 22 Stimmen, 1 Enthaltung. Der **Antrag von Niggi Morat ist angenommen**. Vielen Dank.

§ 7 gestrichen Seite 4

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident oder Vizepräsident. Ich möchte mich sehr entschuldigen für die Handschrift, man kann es von hier aus effektiv gar nicht lesen. Der Antrag ist: Sei

zu belassen, wie es im aktuellen Reglement ist. Mit meiner Unterschrift, einfach der Vollständigkeit halber.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen dazu gibt, kommen wir zur **Abstimmung**.

Wer dem **Antrag der KSD, den Paragrafen zu streichen**, folgen möchte, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dem **Antrag von Lucca Schulz** zustimmen möchte, soll bitte jetzt abstimmen. Enthaltungen, bitte! Vielen Dank.

://:

Der Antrag der KSD hat 15 Stimmen erhalten, Lucca Schulz' Antrag 19 Stimmen. 2 Enthaltungen. Damit ist der **Antrag von Lucca Schulz angenommen**.

§ 8 gestrichen Seite 4

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Genau dasselbe wie zuvor, kann ich dazu sagen.

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Danke. Ich komme gleich zu den Anträgen.

Wer den **KSD-Antrag zur Streichung des Paragrafen** annehmen möchte, der soll bitte jetzt abstimmen. Wer für den **Antrag von Lucca Schulz** ist, bitte jetzt! Enthaltungen? Vielen Dank.

://:

Der Antrag der KSD hat 12 Stimmen erhalten, der Antrag von Lucca Schulz 22 Stimmen. 2 Enthaltungen. Damit ist der **Antrag von Lucca Schulz angenommen**. Vielen Dank.

§ 9 Aufhebung bisherigen Rechts Seite 4

keine Wortmeldung

§ 10 Inkrafttreten Seite 4

keine Wortmeldung

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: So, vielen Dank. Damit ist die Beratung abgeschlossen, auch die 2. Lesung. Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Wir sind nun das Reglement durchgegangen und die §§ 3, 4, 6, 7 und 8 sind per individueller Anträge auf ihre alte Version zurückgesetzt worden. D. h., wenn wir jetzt über den Antrag der KSD abstimmen, dann stimmen wir über dieses veränderte Steuerreglement ab. Dazu möchte ich Sie bitten, dann Gedanken darüber zu machen, ob Sie dem zustimmen können oder nicht. Okay? Dementsprechend ... – Urs Poživil, bitte!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, es ist jetzt wichtig, dass wir heute Klarheit für die Mitarbeiter der Gemeinde geschaffen haben, dass wir eine Entscheidung getroffen haben. Ich glaube nun aber gleichwohl, was heute abgelaufen ist, ist nicht okay. Ich muss es jetzt wirklich einfach noch loswerden, bevor wir die Schlussabstimmung durchführen: Ich finde es von der SP und von Leuten dort drüben unfair, dass man der KSD vorwirft, man habe sich nicht vorbereitet, und man heute an dieser Sitzung wirklich eigentlich nichts vorbereitet hat, auch nicht wirklich weiss, worum es geht. Ich finde das enttäuschend. Ich finde es nicht okay, dass man so unvorbereitet an die Sitzungen kommt, Anträge hier von Hand schreiben muss und nicht zuvor schriftlich dem ganzen Rat schicken kann. Das finde ich nicht gut. Danke, dass es umgesetzt wurde, dass man es nun auch noch geschrieben hat. Aber, wie zuvor erwähnt, wenn ihr eine Steilvorlage gebt, dann macht bitte eure Sache korrekt. Also bitte!

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Damit würde ich gerne zur **Abstimmung über die Anträge der KSD** kommen. Ich lese sie noch einmal vor:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission für Sicherheit und Dienste zu beschliessen:

1. *Die Teilrevision des Steuerreglements zu genehmigen.*

Noch einmal zur Klarheit: Das Steuerreglement, über welches wir jetzt abstimmen, ist die modifizierte Form entsprechend der Anträge, die heute durchgekommen sind. D. h., die §§ 3, 4, 6, 7, 8 wurden wieder auf die ursprüngliche Form zurückgesetzt.

Wer dem zustimmen kann, der soll jetzt bitte abstimmen. Wer dagegen ist, bitte jetzt. Enthaltungen? Vielen Dank.

://:

Das Ergebnis ist da. Der **Antrag** wurde mit 30 Ja-Stimmen gegenüber 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **angenommen**. Vielen Dank.

Der zweite Antrag lautet:

2. *Das Steuerreglement ist nach Genehmigung durch die Finanzdirektion des Kantons Basel-Landschaft durch den Gemeinderat in Kraft zu setzen.*

Wer dem zustimmen kann, bitte jetzt um Wortmeldung. Gegenstimmen? Enthaltungen? Vielen Dank.

://:

Das Ergebnis ist da. Sie haben dem **Antrag** mit 30 Stimmen gegen 3 Stimmen, mit 3 Enthaltungen **zugestimmt**.

Damit kommen wir jetzt zur **Schlussabstimmung** zu diesem Geschäft. Wer dem Geschäft 4793 B gemäss § 76 des Reglements des Einwohnerrats Allschwil zustimmen möchte, der soll jetzt bitte seine Karte heben. Wer dagegen ist, bitte jetzt! Enthaltungen? Vielen Dank.

://:

Das Ergebnis liegt vor. Sie haben mit 28 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen mit 1 Enthaltung **zugestimmt**, das **Geschäft abzuschliessen**.

Vielen Dank. Damit sind wir mit diesem Traktandum fertig.

Mehmet Can, Präsident: Tim, besten Dank. – Entschuldigung, Herr Jucker, Sie haben das Wort.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wir haben uns zuvor als Fraktionspräsidien getroffen und beschlossen, dass wir nach diesem Traktandum dem Begehren von vielen nachkommen und die Sitzung abbrechen, weil sie nach unserer Meinung in einem inakzeptablen Zustand war. Wir haben dieses Geschäft nun einfach abgeschlossen, aus Respekt vor den Mitarbeitern, die nun endlich wissen müssen, wie es weitergeht. Aber, wir würden die Sitzung nun hier abbrechen. Ich weiss nicht, ob wir das nun noch ... – jetzt müssten wir wahrscheinlich noch darüber abstimmen. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Bevor ich zu Ihrem Antrag komme, Herr Jucker – Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich möchte mich doch noch rasch zu diesem Antrag äussern. Es sind heute Abend viele betroffen. Nicht nur jene, die ausgesprochen haben, sondern auch jene, die von unseren Entscheidungen abhängig sind. Ich empfinde das als ein Debakel, dass wir hier entscheiden, weil wir einander verletzt haben, tun wir das nun auch noch für die anderen, indem wir die Geschäfte, die wir längst hätten behandeln sollen, einfach auf die lange Bank schieben, nur weil wir uns persönlich betroffen fühlen. Ich glaube, diese Sitzung hat hinreichend gezeigt, dass der Ton hier nicht der ist, der er sein sollte. Das heisst aber nicht, dass man Politik einfach flachlegt und sagt: Wir brechen Sitzungen ab, nur weil wir persönlich betroffen sind. Und dies dann auch noch so formulieren, wie wir es eben zuvor gehört haben: Die Fraktionspräsidenten haben beschlossen! Sitzungsabbruch wird nicht von Fraktionspräsidenten beschlossen, der wird vom Rat beschlossen.

Ich lege euch wirklich nahe: Lasst uns hier Politik machen. Politiker müssen sich verletzen lassen. Dies geschieht nicht nur hier, dies geschieht auch draussen. Ich hatte es auch schon persönlich, dass man mich derart angegriffen hat, dass ich einen Anwalt zurate gezogen habe. Dieser hat mir schliesslich und ergreifend gesagt: Sie sind eine öffentliche Person, Sie müssen solche Attacken annehmen. Es geht nicht darum, Persönlichkeiten zu schützen, es geht darum, das Ratswesen zu ermöglichen, auch wenn es manchmal sehr hart ist. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Herr Stephan Wolf!

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Ich möchte vielleicht noch kurz präzisieren. Die Fraktionspräsidenten haben selbstverständlich nicht beschlossen, die Sitzung abubrechen, sondern die Fraktionspräsidenten haben beschlossen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Das und nichts anderes hat Christian Jucker gemacht.

Mehmet Can, Präsident: Herr Flavio Fehr!

Flavio Fehr, SP-Fraktion: Werte Anwesende. Ich möchte mich dem Votum von Mark Aellen auch anschliessen. Wir sind vom Volk von Allschwil gewählt, um diesen Job zu machen, und wir werden auch dafür bezahlt. Ich finde auch, dass wir heute die Sitzung hier weiterführen und möglichst viele Geschäfte, wie es ursprünglich traktandiert ist, noch abhandeln.

Mehmet Can, Präsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Du magst recht haben, Mark Aellen, magst recht haben. Trotzdem will ich mehr oder weniger ein Zeichen setzen, dass das so nicht geht. Dass es so nicht funktioniert, und dass man mit den Leuten hier so nicht umgeht. Dass man hier einen gewissen Anstand haben und Respekt zeigen muss. Das ist einfach die Sache. Und wenn sie wenigstens ein bisschen Grösse gehabt hätte, und sich hier nun für den Mist, den sie rausgelassen hat, entschuldigt hätte, dann hätten wir darüber sprechen können. Absolut. Aber das passiert offenbar auch nicht. D. h. null Grösse von Noëmi, und sie sieht es wahrscheinlich nicht einmal ein und geht nach Hause und sagt: Ach, ich verstehe nicht, was geschehen ist. Das funktioniert so nicht. Ich meine, wenn wir ein klares Zeichen setzen, dass es so nicht geht. Deshalb werde ich genau für den Sitzungsabbruch abstimmen. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Gut, ich würde vorschlagen, wir stimmen mal ab. Wer für den **Antrag auf Sitzungsabbruch** von Christian Jucker ist, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Gut, Stimmenzählende bitte zu mir.

://:

Sie haben dem **Antrag von Christian Jucker** mit 19 Ja, 9 Nein und 8 Enthaltungen **zugestimmt**.

Somit ist die Sitzung für heute Abend abgeschlossen. Besten Dank. Schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG 19.40 Uhr